Die Bundeswehr kauft nicht, was sie braucht

FREMDE FEDERN:
Von Guntram Wolff

Die Zeitenwende sollte ein deutscher Aufbruch werden. Doch vier Jahre nach Olaf Scholz' Bundestagsrede und der durch Friedrich Merz initiierten Verfassungsänderung zeigt sich: An der Wiederaufrüstung lassen sich nicht die Stärken, sondern die strukturellen Schwächen der Republik ablesen.

Deutschlands im April 2026 vorgelegte Verteidigungsstrategie drückt sich um die dringend notwendige strategische Neuaufstellung. Positiv zu bewerten ist, dass Russland im deutschen Strategiepapier siebzehnmal als zentrale Bedrohung erwähnt wird. Aber ansonsten enttäuscht es.

Das Ziel, dass die Bundeswehr die „stärkste konventionelle Armee Europas" werden wird, ist weit entfernt von einer realistischen Einschätzung angesichts von 130 kampffähigen Brigaden in der Ukraine und in Russland. In Übungen gewinnen die Ukrainer zudem regelmäßig gegen NATO-Verbände. Klarer Ausgangspunkt der Analyse sollte sein, dass Europa seine Sicherheit nur kollektiv organisieren kann und Deutschlands Streitkräfte für viele Jahrzehnte eben nicht die stärksten sein werden.

Leider fällt Berlin zum Thema kollektiver Verteidigung allein die NATO unter Führung der USA ein: Die Wiederaufrüstung wird so konzipiert, dass Deutschland den USA ein „stärkerer militärischer Verbündeter wird". Klar ist, dass eine europäische Alternative nicht einfach zu etablieren ist, vor allem aufgrund der Sorge

über den Ausgang der nächsten französischen Präsidentschaftswahl. Trotzdem kann die Alternative nicht eine permanente Abhängigkeit von den USA sein. Frankreich, das eine europäische Dimension seiner nuklearen Abschreckung diskutiert, kommt in der deutschen Strategie genauso wenig vor wie Großbritannien oder Polen.

Europäische Partner sind da weiter. So führen die Briten zum Beispiel das nordische Verteidigungsbündnis Joint Expeditionary Force. Dabei wird die stärkste Armee Europas, die Ukraine, als zentraler Partner assoziiert. Die Abwesenheit Europas zeigt sich auch in der Beschaffung. In unserer Studie für das Kiel Institut analysieren wir alle 736 Beschaffungsaufträge der letzten fünf Jahre von Deutschland, Großbritannien und Polen. Wir zeigen, dass Deutschland inzwischen mehr als sechzig Prozent seiner Bestellungen bei heimischen Unternehmen tätigt, bei europäischen Partnern wird fast nichts direkt bestellt. So bleiben Abhängigkeiten von den USA bei Waffensystemen erhalten, für die es längst europäische Alternativen gibt.

Zweitens wird die technologische Überlegenheit in der Strategie in eine „Phase 3“ eingeordnet, mit Zielhorizont 2035 bis 2039. Das ist zu spät angesichts der Bedrohungslage. In London hat Premierminister Keir Starmer in der „Strategic Defence Review“ persönlich eine Modernisierung und Lehren aus der Ukraine eingefordert, ebenso wie auch der polnische Ministerpräsident Donald Tusk. Der deutsche Bundeskanzler hingegen scheint diese technologische Modernisierung nicht einzufordern.

Das Resultat: Die Bundeswehr kauft, was sie kennt, und nicht, was sie braucht. Wir zeigen, dass nur ein geringer und fallender Anteil der deutschen Bestellungen auf das entfällt, was die ukrainische Kriegserfahrung als „neues Paradigma“ definiert: autonome Systeme, KI-gestützte Aufklärung und Feuerleitung, vernetzte Luft- und

Raketenabwehr, elektronische Kampfführung, Drohnenabwehr. Großbritannien hingegen hat in absoluten Zahlen seine Ausgaben für das neue Paradigma mehr als verdoppelt. Polen hat seinen Anteil sogar verachtfacht.

Drittens gibt es Umsetzungsprobleme. Die erwarteten Lieferzeiten deutscher Rüstungsaufträge schwanken zwischen zwei und vier Jahren. Das sieht in London und Warschau ähnlich aus. Aber der Anteil der deutschen Bestellungen, für die überhaupt kein finales Lieferdatum publiziert wird, ist seit Beginn der Zeitenwende kontinuierlich gestiegen. Hinzu kommt die fehlende automatisierte zentrale Erfassung dessen, was vom Auftragsbestand der Zeitenwende inzwischen geliefert ist.

Es liegt nahe, in dieser Trias eine Generalkritik der Bundesrepublik selbst zu erkennen. Das Muster findet sich bei der Digitalisierung der Verwaltung, im Bahnverkehr oder in der industriellen Transformation wieder. Die Wiederaufrüstung ist deshalb nicht eine zusätzliche Baustelle, sondern das Brennglas, unter dem die strukturellen Probleme des deutschen Staates sichtbar werden. Hier bietet sich eine Chance. Der Bundeskanzler müsste die Verteidigungsstrategie zur Chefsache machen und mit einer schonungslosen Analyse beginnen. Deutschland müsste regionale Kooperation, inklusive der mit der Ukraine, ins Zentrum der kollektiven Verteidigungsstrategie stellen.

Die Beschaffung und Ausbildung müssten auf das neue Kriegsbild kalibriert werden, mit klaren Zielvorgaben beispielsweise für autonome Systeme und KI. Das Ministerium müsste zu einer radikalen Modernisierung verpflichtet werden, zum Beispiel um in Echtzeit sagen zu können, was bestellt und geliefert wurde. Diese Modernisierung wäre ein politischer Kraftakt und könnte eine Blaupause für die

Erneuerung der Bundesrepublik sein. Das viele durch Schulden aufgenommene Geld wäre dann gut angelegt.

Der Autor lehrt Volkswirtschaft an der Freien Universität Brüssel.